

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. April 1954

171/J

A n f r a g e

der Abg. P r o b s t, Rosa J o c h m a n n, E i b e g g e r und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die weiteren Verhandlungen mit den Vertretern jüdischer Ansprüche  
gegen Österreich.

-.-.-.-

Auf die Anfrage der gefertigten Abgeordneten zu 78/J hat der Herr  
Bundesminister für Finanzen in 70/A.B. eine erschöpfende Darstellung der bis-  
herigen Verhandlungen gegeben. Darunter hat er vor allem als völlig unannehmbar  
die Forderung auf Bezahlung einer Globalablöse für das sogenannte "erblose"  
Vermögen bezeichnet, welche von den Vertretern der ausländischen jüdischen  
Organisationen auf 300 Millionen Schilling beziffert wurde.

Inzwischen wurde in verschiedenen Zeitungen des Auslandes neben  
schweren Angriffen gegen die österreichische Regierung auch mitgeteilt, dass  
eine Änderung des Standpunktes der österreichischen Regierung in nächster Zeit  
zu erwarten sei. Die gefertigten Abgeordneten wurden daher in letzter Zeit  
wiederholt von österreichischen Wählern um den gegenwärtigen Stand befragt.  
Sie richten, um auf diese Anfragen wahrheitsgetreu und erschöpfend Auskunft  
geben zu können, an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, dem Nationalrat  
mitzuteilen, ob in der Haltung der Bundesregierung zu den Forderungen der  
Vertreter jüdischer Organisationen, wie sie in der Anfragebeantwortung 70/A.B.  
erklärt wurde, in letzter Zeit eine Änderung eingetreten ist, wenn ja, in  
welcher Hinsicht?

-.-.-.-